

FDP | 16.03.2017 - 15:30

Rente mit 63 hat die Demografie-Krise verschärft



In Berlin spricht die Bundespolitik beim [Demografie-Gipfel](#) [1] über die Alterung der Gesellschaft. FDP-Generalsekretärin Nicola Beer wirft der Regierung vor, die Suche nach Lösungen mit der eigenen Rentenpolitik zu torpedieren. Dass die kritische Entwicklung der Rente auch durch steigende Zuwanderung nicht gelöst werde, habe nicht zuletzt mit den Wahlgewinnen der Großen Koalition zu tun. "Da die Bundesregierung die Leistungen zuletzt durch die Rente mit 63 und andere Wohltaten stark ausgeweitet hat, hat sie die Generationenungerechtigkeit verschärft", konstatiert Beer.

Eine abnehmende Zahl an leistungsfähigen jungen Arbeitnehmern müsse nach wie vor steigende Ausgaben über eine längere Periode für eine zunehmende Anzahl an Rentnern schultern, erläutert Beer. "Die Bundesregierung hat dieses Grundproblem nicht entschärft, stattdessen arbeitet sie an weiteren Leistungsausweitungen", kritisiert die FDP-Generalsekretärin. Für sie ist klar: "Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus."

Die Freien Demokraten befürworten deshalb einen grundsätzlich flexiblen Renteneintritt. "Die Menschen sollen ab dem 60. Lebensjahr selbst entscheiden können, wann sie in Rente gehen. Wer später geht, bekommt mehr, wer früher geht, bekommt weniger Rente", fordert Beer. Darüber hinaus müssten die Hinzuverdienstgrenzen nach dem Renteneintritt komplett wegfallen. "Eine solche echte Reform ist überfällig", unterstreicht sie.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/rente-mit-63-hat-die-demografie-krise-verschaerft>

[1] http://www.focus.de/politik/deutschland/demografie-gipfel-im-live-ticker-bund-stellt-demografie-strategie-vor-doch-spricht-merkel-hier-ueber-holland-wahl_id_6798113.html